74. Jahrgang. Nr. 144 — Mittwoch, 26. März 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. März 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat März 3.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg. außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl

Präsident Schieck 44, Fleißner 32, Renner 12 und Külz 5 Stimmen – Antrag auf Landtagsauflösung vertagt

Dresden, 25. März. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde zunächst die zweite Beratung über den kommunistischen Antrag auf Landtagsauflösung auf eine spätere Sitzung vertagt. Sodann schritt man zur Wahl des zukünftigen Ministerpräsidenten. Die Wirtschaftspartei schlug den Präsidenten des Staatsrechnungshofes Schieck vor, die Demokraten den Minister a. D. Dr. Külz, die Sozialisten ihren Parteigenossen Fleißner und die Kommunisten ihren Führer Renner. Es wurden 94 Stimmen abgegeben, von denen eine ungültig war; zwei Abgeordnete fehlten im Hause. Es entfielen auf Präsident Schieck 44, Fleißner 32, Renner 12 und Dr. Külz 5 Stimmen. Die für eine gültige Wahl notwendige Stimmenmehrheit wurde somit von keinem der Kandidaten erreicht. Die Wahl ist damit ergebnislos verlaufen.

Totes Rennen

Auflösungsantrag und Wahl des Ministerpräsidenten: die beiden ersten Punkte auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung haben in viel höherem Grade als neulich die Etatsdebatte das Interesse der Allgemeinheit erweckt. Gewiß nicht ohne Berechtigung; denn es hängt ganz von der Art der Regierungsbildung ab, wie sich das allgemeine und im besonderen das finanzielle Schicksal des Landes in nächster Zukunft gestalten wird. Wieder schwankt die Waage zwischen links und rechts. Aber doch mit einem großen Unterschied gegen früher. Während die marxistische Linke von sich aus überhaupt unfähig ist zur Regierungsbildung, mangelt es auf der bürgerlichen Seite nur an der Zusammenfassung aller Kräfte, um dem staatsbildenden Willen freie Bahn zu schaffen. Das letzte Mittel des Parlamentarismus in solchen Lagen, wenn er sich in der Sackgasse festgerannt hat, ist der Appell ans Volk. Sind wir in Sachsen schon wieder so weit, oder gibt es noch eine Hoffnung, winkt irgendwo noch eine Möglichkeit, daß dieser Landtag aus eigener Kraft die Krise meistert und eine bürgerliche Regierung nach dem Sinne des Volkswillens auf die Beine stellt?

Das ist die Frage, die heute zur Beantwortung steht. Allerdings ist niemand so tollkühn, gleich auf den ersten Anhieb vom Sächsischen Landtag ein positives Ergebnis zu erwarten. Nach den Verhandlungen der letzten Wochen und nach der ganzen Parteienkonstellation weiß man, daß der Landtag seiner alten Gewohnheit treubleiben und zunächst wieder einmal ein totes Rennen veranstalten will. Aber aus der Haltung der einzelnen Parteien bei diesem politischen Ausscheidungswettkampf kann man doch Schlüsse auf die weitere Entwicklung ziehen. Zunächst aus den Reden, die dem Abstimmungskampf vorausgehen. Von den Kommunisten, die als erste auftreten, ist zwar nichts Neues zu erfahren. Der Abgeordnete Renner leiert seine gewohnte Hetzplatte herunter und nimmt sich besonders liebevoll der Nationalsozialisten an, die er offenbar als die gegenwärtig schärfsten Konkurrenten der KPD. fürchtet. Für die Sozialdemokratie hat er diesmal nur spöttische Seitenhiebe wegen ihrer Bereitschaft zur Großen Koalition; aber wenn er für die Zwecke der kommunistischen Agitation das Bild der Großen Koalition auch noch so farbenprächtig an die Wand malt, so ist es doch noch keine Wirklichkeit, nicht einmal Wahrscheinlichkeit, sondern blasser Wunschtraum.

Um so schärfer fällt die Abrechnung aus, die gleich darauf der sozialdemokratische Führer Böchel mit den Kommunisten vornimmt. Er rechnet ihnen mit reichem Zahlenmaterial ihren stetigen Rückgang vor, eine Tatsache, die recht schlecht zu dem großen Mundwerk paßt, das die Bolschewisten in Parlament und Presse führen. Wichtiger ist aber die sozialdemokratische Stellungnahme zu den Fragen der Tagesordnung. Die Auflösung lehnt Böchel für seine Partei rundweg ab. Damit ist schon in der Debatte entschieden, daß sich für sächsische Neuwahlen vorläufig keine Mehrheit findet. Und es scheint, daß die Sozialdemokraten bei diesem Beschluß verharren wollen, solange sie noch Aussicht zu haben glauben, in diesem Landtag die Macht an sich zu reißen. Allerdings, die Anforderungen die sie an die Große Koalition stellen, sind reichlich hochgeschraubt. Nicht nur, daß sie die Führung für sich beanspruchen, sie wollen auch die Mehrheit im Kabinett, so daß sie die bürgerlichen Minister jederzeit niederstimmen und das „mitregierende" Bürgertum praktisch ausschalten können. Die näheren Bedingungen wagt auch Böchel nicht zu formulieren; nur darüber läßt er keinen Zweifel, daß eine sozialistische Regierung dem Lande ungezählte Millionen an neuen Steuern kosten würde.

Auch die Demokraten sind für die Auflösung vorläufig nicht zu haben. Sie können sich daraus nach den Ausführungen des Abgeordneten Claus keine wesentliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse erwarten, höchstens eine Stärkung der extremen Gruppen. Deshalb wollen sie zuerst alle noch vorhandenen Möglichkeiten einer Regierungsbildung ausgeschöpft wissen. Aber sie wollen sich am Ausschöpfen nicht beteiligen, denn sie selbst lehnen auch jetzt wieder jedes Entgegenkommen ab, das die Aufstellung einer bürgerlichen Regierung ermöglichen würde. Es folgt noch ein recht lebhaftes Intermezzo Buck—Liebmann um die Politik der Dreiundzwanzig, auf deren Linie die sächsischen Sozialdemokraten jetzt einschwenken. Den Beifall der ganzen Oeffentlichkeit wird der altsozialistische Abgeordnete mit der Feststellung finden, daß das Spiel mit der Auflösung von der Wählerschaft nicht verstanden wird, und daß dieses äußerste Ausfluchtsmittel des Parlamentarismus sich durch allzu häufigen Gebrauch schon so abgestumpft hat, daß es seine Wirksamkeit zu verlieren droht.

Auf Einspruch der Deutschnationalen hin wird die Abstimmung vertagt, und das Haus wendet sich, nachdem es drei Stunden darauf verschwendet hat, endlich dem zweiten Punkt, der Ministerpräsidentenwahl, zu. Und noch einmal beginnen die Reden. Mit einem Eiertanz von geschwollenen und innerlich unwahren Phrasen sucht der Demokrat Claus seine Viermännerpartei von dem Vorwurf zu befreien, daß sich durch ihre sture Unvernunft die sächsische Krise im Kreise windet. Unter einem Schwall von Eigenlob für die demokratische Fraktion und unter heftigen Ausfällen gegen die Deutsche Volkspartei, weil sie mit ihren dreizehn Stimmen anders will, singt er das Hohelied der Großen Koalition, für deren alleinseligmachende Eigenschaft nicht nur der verstorbene Stresemann, sondern sogar Hindenburg als Kronzeuge herhalten müssen. Das ist wohl der Höhepunkt aller bisherigen parteipolitischen Verdrehungen des Hindenburgmanifestes. Noch um einige Grade lächerlicher ist der Grund, warum Präsident Schieck von den Demokraten abgelehnt wird. Sie haben nichts gegen ihn; im Gegenteil, er ist ihnen zu schade für diese undankbare Aufgabe! Das Urteil darüber, ob es sich lohnt, seine Person für die Bildung einer Regierung einzusetzen, sollten aber die Demokraten doch ruhig Herrn Schieck selbst überlassen.

Mit dieser Erklärung ist die Erfolglosigkeit des ersten Wahlganges schon entschieden. Alles andere ist nur noch Formsache. Die Wirtschaftspartei schlägt den Präsidenten Schieck zur Wahl vor, die Sozialdemokraten benennen den Reichstagsabgeordneten Fleißner, die Demokraten Dr. Külz und die Kommunisten unter großem Hallo ihren Führer Renner. Das Ergebnis der Wahl entspricht denn auch diesen Vorschlägen: Präsident Schieck führt mit 44 Stimmen, dann kommt Fleißner mit 32 (ein Sozialdemokrat fehlt wegen Krankheit), Renner mit 12 und Dr. Külz mit 5 Stimmen. Die absolute Mehrheit von 48 bei 94 abgegebenen Stimmen ist nicht erreicht. Der Vorhang fällt über den ersten Akt der Regierungsbildung; der zweite Teil kann mit neuen Verhandlungen beginnen.

An der ganzen Abstimmung erweckt nur die Zusammensetzung der Stimmen für Präsident Schieck und für Dr. Külz Interesse, weil sie Fingerzeige gibt, in welcher Richtung sich die weiteren Bemühungen bewegen können. Der demokratische Kandidat hat nur drei Stimmen seiner Partei (weil Dr. Dehne verreist ist) und dazu die beiden Stimmen der Altsozialisten bekommen. Vor der Wahl zwischen rechts und links haben sich die Altsozialisten also vorläufig für die aussichtslose mittlere Linie entschieden; für andere Kombinationen stehen sie aber noch zur Verfügung. Einigermaßen überraschend war ferner, daß die Kandidatur Schieck auf den ersten Anhieb mehr Stimmen auf sich vereinigt hat, als man nach den bisherigen Verhandlungen erwarten durfte. Außer den Regierungsparteien haben sich die Nationalsozialisten voll und die Aufwertler mit zwei von drei Stimmen dafür eingesetzt; der vereinzelte weiße Zettel dürfte von dem Abgeordneten v. Fumetti stammen.

Man kann diese Zahlen drehen und mit ihnen rechnen, wie man will, das Ergebnis bleibt immer, daß ohne die Mithilfe der Demokraten, zum mindesten ohne ihre passive Duldung, keine bürgerliche Regierung zu bilden ist. Auf der anderen Seite hat sich auch nichts ergeben, was die Aussichten für eine Große Koalition in diesem Landtag bessern könnte. Die Uebertreibungen im Ton der heutigen demokratischen Erklärungen und ihre beleidigenden Ausfälle gegen die Deutsche Volkspartei haben die bestehenden Gegensätze eher noch verschärft. Es wird nun darauf ankommen, wer den härteren Schädel hat und ob die Demokraten gegen die dreimal stärkere Volkspartei ihren Widerstand durchhalten können, nur deshalb, weil ihnen Präsident Schieck als sächsischer Ministerpräsident angeblich zu schade ist.

Sonst bleibt eben doch nur der Ausweg der Neuwahlen, wenn auch heute noch niemand etwas davon wissen wollte. Die auflösungsfeindliche Stimmung kann leicht umschlagen, wenn die Lösung der Krise in dem bisherigen Tempo weitergeht. Die Frage, die dann dem Volke vorgelegt werden muß, hat sich in der heutigen Aussprache deutlich herausgeschält. Es wird um die klare und endgültige Entscheidung gehen, ob Sachsen mit oder ohne die Sozialdemokratie regiert werden soll. Die demokratische Partei wird sich dabei in schlechter Stellung befinden. Für sie wird die Schicksalsfrage lauten, ob sie von ihren Wählern wirklich den Auftrag hatte, nur den Marxisten Vorspanndienste zu leisten und die Neubildung einer bisher bewährten bürgerlichen Regierung hartnäckig zu verhindern.

Die Sitzung des Sächsischen Landtags

Gegen die kommunistischen Ausschreitungen – Dank für die Polizei

Nach der ergebnislos verlaufenen Ministerpräsidentenwahl beschäftigte sich der Landtag noch mit einer Reihe von Anträgen, die die politischen Unruhen der letzten Wochen zum Gegenstand hatten. Man kann es verstehen, daß sich die Kommunisten über die polizeiliche Abwehr aufregen, auf die sie bei ihren verschiedenen Putschversuchen und Hungermärschen gestoßen sind, und daß sie nun auch das Bedürfnis haben, von der Tribüne des Landtages aus ihre Entrüstung zum Ausdruck zu bringen. Diese nachträglichen Deklamationen sind nicht weiter ernst zu nehmen; nur der unendlichen Langmut des „kapitalistischen" Staates verdanken es die Kommunisten ja, daß sie sich jetzt noch von der Oeffentlichkeit ihrer Verbrechen rühmen dürfen. Bedenklicher ist es schon, daß die Sozialdemokraten auch in diesem Falle nicht den Mut haben, Farbe zu bekennen. Zwar verurteilen sie die kommunistischen Umsturzbestrebungen offiziell, aber sie mäkeln dann doch wieder an der Polizei herum, die zur Verteidigung des Staates ihre Pflicht tut. Beide, die kommunistischen Protestler und die sozialdemokratischen Nörgler, werden abgeführt durch eine scharfe Erklärung des Innenministers, der eine zusammenfassende Darstellung über die Vorgänge der letzten Wochen und die staatlichen Abwehrmaßnahmen gibt. Und was der Minister wegen der Zurückhaltung, die ihm sein Amt auferlegt, nicht sagen kann über die scham- und gewissenlosen Methoden kommunistischer Mordhetze, das holt dann der deutschnationale Abg. Fritzsche nach. Wie Keulenschläge sausen seine in allen Einzelheiten belegten Vorwürfe auf die Gegner nieder. Er schenkt ihnen nichts und kämpft sich mit steigender Stimmkraft durch das Geheul der Linken. Die Aussprache über diese Dinge vermag keine neuen Gesichtspunkte mehr herauszustellen.

Bei der Festsetzung der nächsten Tagesordnung gelingt den Kommunisten noch ein Erfolg. Sie finden eine Mehrheit für ihren Antrag, daß am nächsten Dienstag als erster Punkt wieder ihr Auflösungsantrag behandelt wird.

Weitere Besprechung des Auflösungsantrags

(Fortsetzung des Berichts aus dem Abendblatt)

Abg. Claus (Dem.) erklärt namens seiner Fraktion, daß diese von der Auflösung des Landtages keine Besserung der augenblicklichen mißlichen Lage erwarte. Wahrscheinlich werden die extremen Parteien noch etwas mehr Zuzug erhalten. Der neue Landtag würde vor denselben oder größeren Schwierigkeiten stehen. Erst wenn alle Möglichkeiten erschöpft seien, müsse der Landtag aufgelöst werden. Die Demokraten lehnten den Antrag der Kommunisten ab.

Abg. Siedermann (Komm.) nimmt Stellung zu den Angriffen Böchels gegen die Kommunisten und bezeichnet die Sozialdemokraten als die Büttel des Kapitalismus.

Abg. Buck (Altsoz.) erinnert daran, daß auf der Tagesordnung der Antrag auf Landtagsauflösung stehe. Es sei daher eine Rücksichtslosigkeit, wenn bei jedem Tagesordnungspunkte programmatische Ausführungen gemacht würden und jede Partei der anderen ihre Schlechtigkeiten vorwerfe. Zu dem Antrage erkläre er persönlich, daß die Wählerschaft es als ein Spiel mit dem Recht und der Würde des Parlaments ansehe, wenn bei jeder Gelegenheit Auflösungs- und Mißtrauensanträge gestellt würden. Diese Waffen müßten dann stumpf werden.

Ministerpräsident Dr. Bünger

weist Vorwürfe des Abg. Böchel wegen der Haltung der Regierung gegenüber dem Youngplan zurück. Diese sei ihrer früheren Auffassung nicht untreu geworden. Die Regierung habe sich bei der Schlußabstimmung deshalb der Stimme enthalten, weil sie gewissermaßen nicht noch einmal dasselbe habe tun wollen, weswegen ihr das Vertrauen entzogen worden sei.

Damit ist die Aussprache beendet.

Ein Antrag auf sofortige Schlußberatung liegt nicht vor, Präsident Weckel gibt bekannt, daß die endgültige Abstimmung über den Auflösungsantrag infolgedessen erst in einer weiteren Sitzung erfolgen könne.

(Fortsetzung siehe Seite 2)